

Yang Yi dankte den Journalisten für ihr Vertrauen in die Chinesische Journalistenvereinigung und sagte ihnen zu, die Petition an die zuständigen Stellen weiterzuleiten und ihnen die Ergebnisse mitzuteilen. Weiter hob er hervor, daß die Vereinigung die Pflicht habe, die Rechte und Interessen der Journalisten zu schützen. Sie wolle zur Reform des Pressesystems beitragen und ihr Bestes tun, damit die Forderungen der Journalisten erfüllt werden. - Die Erfahrung der vergangenen Jahre zeigt indes, daß die Chinesische Journalistenvereinigung - ebenso wie die anderen Interessenvertretungen von Künstlern und Wissenschaftlern - nicht die Interessen ihrer Mitglieder wahrnimmt, sondern den Standpunkt der Regierung vertritt.

Während die Petition überreicht wurde, versammelten sich an die tausend Studenten von Beijinger Universitäten, darunter der Beida, vor dem Gebäude der Chinesischen Journalistenvereinigung, um die Forderungen der Journalisten zu unterstützen. Sie riefen "Sprecht für das Volk!" und "Vereinigt euch, um China stark zu machen!" (GMRB, 10.5.89; XNA, 10.5.89; BRu, 23.5.89).

Am 11., 12. und 13. Mai 1989 setzten sich Hu Qili und andere Partei- und Regierungsvertreter mit Redakteuren und Journalisten der Xinhua-Nachrichtenagentur, der *Volkszeitung*, der *Guangming-Zeitung* und der *Chinesischen Jugend-Zeitung* zu Gesprächen zusammen. Hu Qili dankte den Pressevertretern für ihre Kritik und erklärte, es sei jetzt dringend geboten, die Reform des Pressesystems durchzuführen. Das auf dem 13. Parteitag der KPCh verkündete Prinzip, die wichtigsten Ereignisse der Bevölkerung mitzuteilen und von ihr diskutieren zu lassen, müsse verwirklicht werden. Die Gespräche, die der *Guangming-Zeitung* zufolge in einer freundlichen und harmonischen Atmosphäre verlaufen sind, sollten fortgesetzt werden (GMRB, 14.5.89).

Auch wenn die chinesische Führung zunächst Gesprächsbereitschaft signalisiert hat, aufgrund der Ereignisse der folgenden Wochen und der Maßnahmen von Partei und Regierung ist zu befürchten, daß die Unterzeichner der Petition massiven Schwierigkeiten ausgesetzt sein werden. -cre-

*(11)
Chinesische Studie über Sexualbräuche nach Protesten von Moslems verboten

Anfang bis Mitte Mai 1989 demonstrierten Tausende von Moslems in den Provinzen Gansu, Qinghai und Shaanxi sowie in Beijing gegen eine von chinesischen Autoren verfaßte Studie über Sexualbräuche, in der sie ihren Glauben verunglimpft sahen. Die Moslems hatten ihre Protestkundgebungen offensichtlich auf den Besuch des iranischen Staatspräsidenten Ali Chameini abgestimmt, der sich vom 9. bis 14. Mai 1989 in der Volksrepublik China aufhielt (vgl. BRu, 23.5.89).

Nachdem am 5. und 6. Mai "einige tausend" Moslems in Lanzhou mit Demonstrationen gegen die Studie protestiert hatten (Radio Gansu, 13.5.89, nach SWB, 15.5.89), reagierten die zuständigen Behörden umgehend. Wie die *Guangming-Zeitung* am 15. Mai 1989 berichtete, war das Buch im März dieses Jahres unter dem Titel *Qing fengsu (Sexuelle Sitten und Bräuche)* von zwei Verlagen in Shanghai und Shanxi gemeinsam herausgegeben worden. Am 6. Mai befand die für das Presse- und Publikationswesen zuständige Behörde Shanghais, daß die Studie den Islam beleidige, die Gefühle der Moslems verletze, den politischen Richtlinien von Partei und Regierung bezüglich der Religionen widerspreche und der nationalen Einheit und der gesellschaftlichen Stabilität schade. Die Behörde ordnete an, alle Exemplare des Buches zu beschlagnahmen und zu vernichten, den Verlag zwecks Überprüfung und Reorganisation zu schließen sowie den Erlös aus dem Verkauf einzuziehen; der Verlag wurde zudem aufgefordert, sich bei den "moslemischen Brüdern" öffentlich zu entschuldigen (GMRB, 15.5.89).

In einem zweiten Bericht gab die *Guangming-Zeitung* am 16. Mai weitere Einzelheiten bekannt. Demzufolge reisten Funktionäre der Shanghaier Presse- und Publikationsbehörde am 8. Mai nach Beijing, um sich bei der Islamischen Vereinigung Chinas für das Erscheinen des Buches zu entschuldigen. Die Zentralbehörde bestätigte die Anordnungen der Shanghaier Behörde und kündigte an, daß die Autoren und Verlage gemäß den gesetzlichen Bestimmungen bestraft werden. Weiter erklärte sie, daß am 9. Mai 95.240 noch nicht ausgelieferte Exemplare des Buches vernichtet worden seien

(GMRB, 16.5.89). In Beijing, Lanzhou, Xi'an und in mehreren Städten der Provinzen Qinghai und Gansu kam es in den folgenden Tagen zu weiteren Demonstrationen von Moslems (FR, 13.5.89; SWB, 15. und 17.5.89).

Für die chinesische Regierung stellt sich nicht die Frage, ob die Freiheit der Wissenschaft und Kunst gegen eine Glaubensgruppe zu verteidigen sei, die sich in ihren religiösen Gefühlen verletzt fühlt. Das Verhältnis zu den nationalen Minderheiten ist zu heikel, als daß sie wegen irgendeines Buches einen offenen Konflikt riskieren wollte. Überdies handelt es sich in diesem Fall nicht um eine eigenständige Forschungsarbeit, sondern um ein Plagiat. Die beiden Autoren des Buches haben in einem offenen Brief, in dem sie sich bei den Moslems entschuldigen, bekannt, daß sie den dritten Band einer mehrbändigen, in Taiwan erschienenen Kulturgeschichte unter einem anderen Titel veröffentlicht hätten (*Zhongguo Tongxun She* Hongkong, 17.5.89, nach SWB, 23.5.89). -cre-

Außenwirtschaft

*(12)
Reaktionen ausländischer Investoren und Financiers auf die chinesische Massaker-Politik

Wie die japanische Nachrichtenagentur *Kyodo* am 28.5.1989 berichtete, habe eine japanisch-US-amerikanische Bankengruppe Kredite in Höhe von 120 Mio.US\$ an die China National Petroleum Corporation eingefroren, und zwar "wegen der politischen Unruhen in China". Am 28.5.1989 berichtete die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po*, daß Yao Yilin auf einer Sitzung des Staatsrates betont habe, daß die chinesische Regierung Vorbereitungen gegen eine solche Entwicklung getroffen und beschlossen habe, sofort die wirtschaftliche und Handelszusammenarbeit mit der Sowjetunion als Gegenmaßnahme zu erhöhen.

Die Europäische Gemeinschaft bemühte sich am 6.6.1989 um erste Schlußfolgerungen aus der Entwicklung in China. Als sicher kann angenommen werden, daß der Prozeß der wirtschaftlichen Öffnung Chinas (und

damit auch der Zusammenarbeit mit der EG) für eine vorerst nicht absehbare Zeit behindert werden wird. Die französische Regierung protestierte scharf gegen die Ausschreitungen der chinesischen Regierung. Sie hält aber die wirtschaftlichen Beziehungen mit der Volksrepublik nicht für unmittelbar gefährdet. Eine Einstellung der Exporte und der Kredite scheint vorerst nicht beabsichtigt zu sein.

Die eher zurückhaltende Einschätzung der wirtschaftlichen Konsequenzen der politischen Entwicklung Chinas erklärt sich nicht zuletzt daraus, daß die französischen Investitionen in der Volksrepublik verhältnismäßig bescheiden sind. Sie erreichten 1988 mit 400 Mio.frs gerade 2% aller französischen Auslandsinvestitionen. Die französischen Kreditengagements werden auf 35 Mrd.frs beziffert. Zu den neuen Investitionsprojekten gehören ein Kernkraftwerk, das Framatome in der Bucht von Daya erstellt, sowie ein Automobilwerk von Peugeot.

Die britische Wirtschaft hielt sich mit vorschnellen Beschlüssen zurück. Nach Ansicht des Ministeriums für Handel und Industrie in London sei es zu früh, die Auswirkungen auf den Warenverkehr einzuschätzen.

Die Sprecherin des chinesisch-britischen Rates, der von 600 Unternehmen unterstützt wird, erklärte, bald werde wieder Ruhe herrschen. Die Tür müsse offen bleiben; China sei und bleibe ein Markt mit einem enormen Potential. Obwohl geschockt hoffe der Industrieverband, daß die Volksrepublik an den Wirtschaftsreformen festhalte.

Bei Importen in Höhe von 444 Mio.£ haben die Briten noch 1988 Waren für 412 Mio.£ nach China exportiert. Als Abnehmer rangiert die Volksrepublik auf dem 30.Platz. Investiert haben die britischen Unternehmen 394 Mio.\$; gegründet wurden 16 Joint Ventures. Gearbeitet werde normal, hieß es in London.

Die italienischen Unternehmer verfolgten besorgt die jüngsten Entwicklungen in China. Befürchtet wurde eine Unterbrechung der in den letzten Jahren in Gang gekommenen Kooperationsvereinbarungen und der Entwicklung des Außenhandels. Im Jahre 1988 erhöhte sich der Warenverkehr zwischen China und Italien in beiden Richtungen um 30,6% auf umgerech-

net 7 Mrd.DM. Nach Ansicht von Cesare Manfredi, dem Präsidenten des Verbandes des italienischen Werkzeugmaschinenindustrie, die in den letzten Jahren ihre Aktivität in China stark ausgedehnt hatte, könne dieses Land jetzt nicht mehr als zuverlässiger Partner angesehen werden.

Für den Vorstandsvorsitzenden des Fiat-Konzerns, Cesare Romiti, müsse jetzt erst einmal abgewartet werden, wie sich die Lage in den nächsten Monaten entwickle. Fiat baut in China u.a. leichte Industriefahrzeuge.

Ein "business as usual" sei nach den jüngsten Ereignissen in der Volksrepublik kaum noch vorstellbar, meinte ein Mitglied der Handelskammer Schweiz-China, auch wenn Schweizer Unternehmen ihre Joint Ventures noch nicht in Frage stellen wollen. Man werde China noch nicht aufgeben. Der Elan des China-Geschäftes sei aber nun gebrochen.

Ganz überraschend kam die jüngste Entwicklung aus Schweizer Sicht kaum. Die China-Euphorie war bereits vor den Unruhen wieder im Schwinden, hieß es in Wirtschaftskreisen. In China sind 33 Unternehmen aus der Schweiz finanziell engagiert, etwa die Hälfte in Joint Ventures.

"Wir können die Situation in diesem Moment absolut nicht einschätzen. Wir wissen nicht, wie es weiter geht", kommentierte ein Sprecher des niederländischen Philips-Konzerns die Entwicklung in China. Zugegeben wird bei Philips, daß man "besorgt" sei, da eine Reihe von geplanten Joint Ventures mit chinesischen Unternehmen, die in den 1990er Jahren anlaufen sollten, nun gefährdet seien.

Stark engagiert ist Philips in Beijing und anderen chinesischen Städten derzeit bereits mit drei weiteren Gemeinschaftsunternehmen, in denen u.a. Autoradios, Radiorekorder und optische Geräte produziert werden.

Die meisten amerikanischen Unternehmen, die über Niederlassungen in China verfügen, hatten schon vor der Entscheidung von Präsident Georg Bush, die Ausfuhr militärischer Güter einzustellen, angefangen, ihr nicht-chinesisches Personal zum Verlassen des Landes aufzufordern. Die USA haben im Jahre 1988 für 5 Mrd.US\$ nach China exportiert. Die Einfuhren aus China erreichten 9,3 Mrd.US\$. Die US-Direktinvestitionen belaufen sich auf rd. 3 Mrd.US\$.

Über den weiteren Verlauf der Entwicklung hatte sich in den USA noch keine einheitliche Meinung gebildet. Während eine Reihe von Unternehmen bis zu den blutigen Ereignissen davon überzeugt war, daß eine friedliche Lösung des Konfliktes möglich sei, gewann die Befürchtung an Boden, die gegenwärtige politische Führung sei in der Lage, ihre Macht zu konsolidieren.

Japan werde sich den US-Sanktionen gegen China vorläufig nicht anschließen, erklärte Außenminister Mitsuoka am 6.6.1989 in Tokyo. "Wir wollen die Situation in China noch einige Zeit beobachten, bevor wir unsere Haltung festlegen", stellte er fest. Die Regierung und Industrie Japans verschoben aber die für den 7.6.1989 vorgesehene Gründung einer Gesellschaft zur Förderung von Investitionen in China bis auf weiteres. Aus dem Finanzministerium in Tokyo verlautete, daß die für 1989 vorgesehenen Darlehen an China programmgemäß gewährleistet werden sollten. (SWB, 30.5.89; Die Welt, 7.6.89) -lou-

*(13)

Westeuropäisch-chinesische Wirtschaftsjunkte

Die Volkswagen AG und die 1.Automobilfabrik Changchun in der Volksrepublik China haben ihre Zusammenarbeit um ein Technologie- und Handelsabkommen erweitert. Es trat Mitte Mai 1989 nach seiner Genehmigung durch die chinesischen Behörden in Kraft. Der Vertrag regelt zunächst die Lieferung von Automobil- und Ersatzteilen für den Audi 100/200 im Gegenwert von 400 Mio.DM bis Ende 1991.

Ferner ist ein Technologie-Transfer auf den Gebieten Fabrikenplanung sowie Produkt- und Produktions-Know-how vorgesehen. Ferner regelt der Vertrag den Verkauf von flexiblen Fertigungseinrichtungen aus dem früheren VW-Werk in den Vereinigten Staaten. Während der ersten Stufe der Zusammenarbeit zwischen VW und der 1.Automobilfabrik Changchun war schon im August 1988 ein umfangreiches Vertragswerk zur Lizenzfertigung des Audi 100/200 unterzeichnet worden. Während der damals begonnenen Zusammenarbeit wurden 500 dieser Fahrzeuge in Changchun montiert, weitere 2.000 Fahrzeuge sollen in diesem Jahr folgen.

Ein Abkommen über die Gründung eines technischen Gemeinschaftsunternehmens haben die deutsche Lufthansa AG, Köln, und die offizielle chinesische Fluglinie Air China unterzeichnet. Das gemeinsame Projekt umfasse Ausbau und Modernisierung der technischen Wartungsbasis der Air China in Beijing und werde von der deutschen Seite Investitionen in Höhe von rd. 400 Mio.DM erfordern, teilte die Lufthansa mit.

Das Grundkapital werde zu 60% von der chinesischen Seite und zu 40% von der Lufthansa aufgebracht. Die Leitung des neuen Unternehmens wird der bereits seit vier Jahren mit der Vorbereitung des Projektes in Beijing beschäftigte Lufthansa-Ingenieur Werner Hupe übernehmen. Das Unternehmen werde nach der in den nächsten drei Monaten erwarteten formellen Genehmigung vom chinesischen Außenwirtschaftsministerium am 1. August 1989 seine Tätigkeit aufnehmen.

Schindler, der Partner des ersten chinesisch-ausländischen Joint Ventures, wird seine Produktion in der Volksrepublik China erweitern. Das neue Unternehmen wird in der Stadt Suzhou errichtet. Vertragspartner sind die Suzhou Elevator Works und Jardine Schindler aus Hongkong. Die Gesamtinvestitionen betragen 12 Mio.US\$.

Eine Gruppe von britischen Unternehmen - genannt Gruppe 48 -, die in China seit langem Handel treiben, kündigten am 11.5.1989 an, daß sie einem Handelsprogramm im Werte von insgesamt 5,4 Mrd.US\$ mit den chinesischen Behörden zugestimmt hätten. Diese Programme sollen in den Küsten- und Yangzi-Provinzen durchgeführt werden.

Die Programme werden über sechs Jahre laufen. Sie werden im nächsten Jahr beginnen und Chinas 8.Fünfjahresplan (1991-1995) umfassen.

Die Aufteilung des Handels zwischen chinesischen Provinzen war lange mit chinesischen Verantwortlichen diskutiert worden. Ca. 1,3 Mrd.US\$ Handel soll mit Shanghai durchgeführt werden, 1 Mrd.US\$ mit den Provinzen Liaoning und Jiangsu, 800.000 US\$ mit Tianjin, 700.000 mit der Provinz Sichuan sowie 600.000 US\$ mit der Stadt Wuhan. Es werden Projekte der technischen Modernisierung, des Technologietransfers sowie Joint Ventures

und Zusammenarbeitsprojekte durchgeführt. (FAZ, 22.5.89; SZ, 16.5.89; China Daily, 29.5.89; Financial Times, 12.5.89) -lou-

*(14)

Verstärkte sino-sowjetische Zusammenarbeit

Die VR China und die Sowjetunion haben in jüngster Zeit weitere Schritte zum Ausbau ihrer beiderseitig vorteilhaften wirtschaftlichen Zusammenarbeit unternommen. Das im März 1989 für das laufende Jahr unterzeichnete Protokoll über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr sieht die Erweiterung des Handels um 17% vor.

Im Rahmen des Abkommens, in dem ein Volumen von etwa 3,1 Mrd.US\$ fixiert ist, wird China verstärkt Erze, Sojabohnen, Mais, Fleischprodukte und Konserven sowie Erzeugnisse des Maschinenbaus, der Leichtindustrie und des Kunsthandwerks in die Sowjetunion liefern. China wird dafür Stahlprodukte, Nicht-Eisenmetalle, Hölzer, Kunstdünger, Generatoren, Elektroloks, Passagierflugzeuge, Autos und langlebige Konsumgüter beziehen.

Nach der Überwindung der Stagnation in den bilateralen Beziehungen hatte sich bereits eine Entwicklung angebahnt, die dazu führte, daß die Sowjetunion im chinesischen Außenhandel auf den 5.Platz vorrückte. In den Jahren 1982-1988 ist das Volumen des bilateralen Außenhandels um das Zehnfache auf rd. 12 Mrd.Yuan angewachsen.

Besondere Bedeutung für den Ausbau der Zusammenarbeit kommt ebenfalls dem wiederaufgenommenen Grenzhandel zu. Chinesische Publikationen weisen darauf hin, daß sich die Wirtschaftsentwicklung entlang der mehrere tausend Kilometer langen Grenze zwischen Heilongjiang und Xinjiang auf der einen und dem Fernen Osten und Mittelasien auf der anderen Seite fruchtbringend ergänzen können.

Auf chinesischer Seite gestaltet sich der Warenaustausch in einigen Gruppen ökonomischer als der mit der Küstenregion oder den Südprouvinzen. Xinjiang, das autonome Gebiet der Uiguren, und die Provinz Heilongjiang haben ihren Wunsch bekundet, im Rahmen der ihnen von der Zentralregierung erteilten autonomen Entscheidungsvollmacht den Direkthandel mit sowjetischen Partnern auszubauen.

Beide Seiten haben auch Bereitschaft gezeigt, über traditionelle Formen des Warenaustausches und Zahlungsverkehrs hinauszugehen. So verlautete aus dem Landwirtschaftsministerium in Beijing und aus der Provinzregierung Heilongjiang, daß Interesse an einem landwirtschaftlichen Kooperationsprogramm besteht. Als mögliche Projekte werden Hühnerfarmen, Fischzuchtanlagen, Sojabohnenanbau sowie der Kaffeeanbau auf der Insel Hainan genannt.

Große Bedeutung hat für China die Rekonstruktion von Betrieben, die in den 1950er Jahren von der Sowjetunion gebaut wurden und nun mit sowjetischer Expertise und Technologie runderneuert werden sollen. Die dafür vorgesehenen etwa 20 Großbetriebe gehören zu den Bereichen Hüttenwesen, Kohle- und Energiegewinnung sowie Chemie.

Erfolgreich war der Einsatz chinesischer Arbeitskräfte auf sowjetischer Seite, und beiderseits wird Interesse geäußert, auch diese Form der Kooperation auszubauen. Mehrere bereits geschlossene Abkommen, die im Bau befindliche Eisenbahnverbindung Xinjiang-Kasachstan sowie die Aufnahme von Direktflügen zwischen der Sowjetunion und Nordost-China sprechen ebenfalls von der Absicht beider Seiten, mit dem Blick auf den großen Nutzen, ihre ökonomische Kooperation auszubauen.

Eine Forschungsgruppe junger chinesischer Ökonomen schlug ein neues Zusammenarbeitsprojekt mit der Sowjetunion vor. Die Gruppe steht unter Leitung von Ju Jiandong, einem Lehrer der Betriebswirtschaftsschule der Universität Qinghua. Die Gruppenmitglieder sind seine Kollegen.

Nach dem Plan dieser Gruppe soll Nordost-China vollständig geöffnet werden, es soll aktiv die wirtschaftliche Entwicklung des sowjetischen Fernen Ostens und Sibiriens unterstützen und eine größere Anzahl von chinesischen Arbeitern in die Grenzgebiete der Sowjetunion bringen.

Der sowjetische Ferne Osten hat einen großen Reichtum natürlicher Ressourcen, während China einen Mangel daran an. Im sowjetischen Fernen Osten fehlen nach Schätzungen 500.000 Arbeiter. Industrieunternehmen arbeiten dort nur mit 50-60% ihrer Kapazität. Nordost-China hat jedoch mehr Arbeiter, als es benötigt.

Aufgrund der nicht ausreichenden Verarbeitungskapazität im sowjetischen Fernen Osten müssen große Mengen von Rohmaterialien über lange Distanzen in die europäischen Gebiete der Sowjetunion transportiert werden. Auf diese Weise steigen die Kosten der Produktion um ca. 30%.

Ein wichtiger Teil des Zusammenarbeitsangebotes bezieht sich auf den Transfer von großen Mengen von Arbeitern nach Sibirien. Ein Resultat der Forschungen ist, daß der sowjetische Ferne Osten 80 Millionen Arbeiter für den Aufbau bis zum Ende dieses Jahrhunderts benötigen wird. Die einheimische sowjetische Bevölkerung in dieser Region wird aber nicht 50 Millionen überschreiten.

Für viele chinesische Arbeiter könnte es attraktiv sein, nach Sibirien zu gehen. Die Bedingungen seien nicht härter als in Nordost-China. Die durchschnittlichen Löhne würden sogar zehnmal so hoch sein wie in China.

Die genannte Forschungsgruppe schlägt vor, daß bis zu 1 Million chinesische Arbeiter sich an dem Wirtschaftsaufbau im sowjetischen Fernen Osten und in Sibirien beteiligen. Um mit dem größten Problem, nämlich Transport, fertigzuwerden, schlagen die Forscher vor, daß die Volksrepublik und die Sowjetunion eine gleiche Anzahl von Militärhäfen in Nordost-Asien für den zivilen Gebrauch öffnen. (ADN, 9.5.89; China Daily, 2.6.89) -lou-

*(15)

Volksrepublik auf Pkw-Importe angewiesen

Der Bedarf der Volksrepublik China an Personenkraftfahrzeugen wird auch im Jahre 1989 die Eigenerzeugung weit übersteigen. Allerdings sollen die notwendigen Importe zum Schutz der eigenen Industrie und zwecks Ersparnis an Devisen so gering wie möglich gehalten werden. Branchenfachleute rechnen mit einem im Vergleich zum Vorjahr eventuell geringfügig nach oben verschobenen Importniveau.

Die Verkaufsentwicklung wird, stabile Preise vorausgesetzt, im wesentlichen von der Zahl erteilter Kaufgenehmigungen abhängen. Chinesischsprachige Zeitschriften gehen von einem Absatz von 100.000-115.000 Einheiten aus.

Im Jahre 1988 führte die Volksrepublik offiziell 33.140 Pkws ein (ein Plus von 8,5% im Vergleich zum Vorjahr). Das

Importgeschäft wird seit Jahren von der Sowjetunion und von anderen RGW-Staaten (vor allem Polen und Rumänien) beherrscht. Dies gilt auch für die 9.852 importierten Geländefahrzeuge (+218,5%). Ein Großteil des Handels mit Osteuropa wird über devisenneutrale Barter- und Kompensationsgeschäfte abgewickelt. Darin und im niedrigen Preis liegen die entscheidenden Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Anbietern. Chinesische Exporte gibt es praktisch nicht.

Den Vergleich hinsichtlich Fertigungsqualität und Leistungsfähigkeit mit in westlichen Ländern hergestellten Pkws halten die sowjetischen Lada und Wolga, polnischen Fiat und rumänischen Dacia bzw. Aro kaum aus. Sie kosten den Kunden in der Volksrepublik allerdings auch höchstens die Hälfte. Japan und die Bundesrepublik Deutschland sind aus dem Kreis der westlichen Industriestaaten die wichtigsten Lieferanten.

Im Omnibus-Geschäft sind die Japaner derzeit weitaus am stärksten. Ihr Mengenanteil an den 1988 insgesamt gelieferten 7.251 Einheiten (+72,6%) betrug 41,5%, bei den Typen mit 20-29 Sitzen 99,1% und mit 10-19 Plätzen immerhin noch 72,7%. Die meisten Fahrzeuge kommen aus westlichen Industrieländern (inklusive Japan). Die Bundesrepublik Deutschland ist, anders als z.B. Italien, hier kaum vertreten. RGW-Staaten spielen in diesem Segment keine große Rolle, nur Ungarn konnte 1988 mit einem größeren Abschluß auf sich aufmerksam machen. (NfA, 9.5.89) -lou-

*(16)

Gesetz zur Einschränkung von Luxus-Importen gefordert

33 Abgeordnete forderten in einem Antrag an den Nationalen Volkskongreß, daß Luxus-Importe durch Gesetz verboten werden solle. Die begrenzten Devisenreserven des Landes sollten dazu genutzt werden, das zu kaufen, was China wirklich benötige. Der Antrag zielte auf Automobile, Zigaretten, alkoholische Getränke und Kosmetika. Alle diese Güter würden in schnell wachsendem Tempo ins Land gebracht. Aufgrund von Zollstatistiken wurde bekannt, daß in den ersten drei Monaten des Jahres 1989 7.518 Automobile im Werte von 62,8 Mio.US\$ importiert wurden, eine Zunahme von 50,6% gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahres.

1988 wurden mehr als 33.100 Automobile importiert, ein Zuwachs von 8,5% gegenüber 1987. Alkoholische Getränke zeigten einen Zuwachs von 43,9% und Zigaretten von 19,8%. Die dramatischsten Zuwächse überhaupt habe es jedoch bei Parfums und Kosmetika gegeben, die Zuwachsraten betrügen hier 90% und 187% im Vergleich zu 1987.

Die Abgeordneten forderten den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses auf, Gesetze und Regeln zu erlassen, um den Import und den Verkauf ausländischer Luxusgüter (mit Ausnahme jener, die für die Ausländergeschäfte bestimmt seien) zu verbieten.

Ein weiterer Antrag, der von 30 anderen Abgeordneten gestellt wurde, behauptete, daß zu viele ausländische Automobile in den letzten Jahren importiert worden seien. Dies sei "vollständig unnötig".

Auf einem Treffen mit Studenten, das vom Fernsehen übertragen wurde, erklärte Yuan Mu, der Sprecher des Staatsrates, daß beschlossen worden sei, den Import von Luxusautomobilen zu beenden.

Ausländische Luxusgüter sind nun in den meisten der großen chinesischen Städte vorrätig. Insbesondere würden gute Geschäfte mit besonderen ausländischen Kosmetika gemacht. Eine Flasche französischen Parfums könne bis zu 190 Yuan kosten. (China Daily, 2.5.89) -lou-

Binnenwirtschaft

*(17)

Steuerhinterziehung

Die Steuerhinterziehung ist zu einem ernstesten Problem für Chinas wirtschaftlichen Aufbau geworden. Eine nationale Untersuchung über Besteuerung, Finanzen und Preise, die vom Januar 1988 bis Januar 1989 durchgeführt wurde, brachte an den Tag, daß 12,31 Mrd.Yuan an Steuern hinterzogen worden seien, das waren 29,5% mehr als im Jahre 1987.

Die Untersuchung zeigte ebenso, daß mindestens 50% der staatlichen sowie der kollektiv betriebenen Unterneh-